

Wille des Wählers

Zum Beitrag „Saalfeld-Rudolstadt: Linke wollen Scheinkandidaturen per Gesetz abschaffen“ vom 26. 10.:

Ich kann das Ansinnen von Herrn Krawczyk voll unterstützen und bin froh, dass endlich eine Partei die Initiative zur Abschaffung der Scheinkandidaturen ergreift. Bei uns in Pößneck haben bei der letzten Wahl drei Stadträte ihr Mandat über die Scheinkandidatur des Bürgermeisters erhalten, obwohl Kandidaten anderer Wählergemeinschaften und Parteien mehr Stimmen hatten. Ähnlich sieht es bei uns im Kreistag aus. Der Wille des Wählers muss endlich umgesetzt werden. Legitimierter Betrug muss ein Ende haben. Leider hatten in der Vergangenheit alle Parteien kein Interesse daran, etwas zu ändern. Warum auch, es geht ja um den eigenen Machterhalt. Hoffen wir, dass die Linke im Landtag alles noch vor den nächsten Wahlen umsetzt und hoffen wir, dass SPD und Grüne dem zustimmen. Da habe ich die größten Zweifel bei der SPD, weil sie bekannterweise viele Bürgermeister und Landräte stellt.

Es gibt ein weiteres legitimes, aber moralisch zweifelhaftes System. Bürgermeister treten aus Parteien aus und kandidieren als angebliche Parteilose oder sie lassen sich für Wählergemeinschaften aufstellen, obwohl sie parteipolitisch nicht unabhängig sind. Der Wähler wird getäuscht, weil nach der Wahl der Bürgermeister meist die Politik seines „Brötchengebers“ umsetzt. Ich ziehe den Hut vor den Bürgermeistern, welche sich nicht einfangen lassen und sich nicht von Zusagen, Posten oder anderen Dingen beeindrucken lassen. Es gibt viel zu tun, verschiedene Dinge in der Demokratie wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Es reicht nicht nach Wahlen zu sagen „Wir haben verstanden“ und dann weiter wie bisher zu machen.

Wolfgang Kleindienst,

Pößneck

Eben dazu

Welch ein Vorstoß des Linke Kommunalpolitikers, Hubert Krawczyk aus Rudolstadt, – Glückwunsch für soviel Weitsicht. Endlich hat mal ein Kommunalpolitiker die Zeichen der Zeit erkannt und auch gleich eine Lösung des Problems mitgeliefert. Erstaunlich ist, dass unser südliches Nachbarbundesland Bayern, dem Rot-Rot-Grünen Thüringen einen großen Schritt voraus ist. Die Scheinkandidaturen von kommunalen Wahlbeamten ist in meinen Augen nur ein billiger Kartenspielertrick. Es leuchtet sicher jedem ein, dass die kommunalen Wahlbeamten gern an ihren guten Bezügen festhalten wollen. Ein Eintausch ihres Beamtenstatus‘ gegen ein Stadtratsmandat wäre ein großer finanzieller Verlust.

Weil sich dieses Problem scheinbar durch alle Parteien und Gruppierungen zieht, ist es an der Zeit, dass die Rot-Rot-Grüne Thüringer Landesregierung handelt. Wäre nur noch zu hoffen, dass ein entsprechendes Gesetz, auch mit Zustimmung der Opposition, möglichst schnell den Landtag passiert und in Kraft tritt.

Heinz Sibilski, Rudolstadt